

# Gegen die Selbstbestimmung

Mitglieder der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein votieren für deren Auflösung

Die Pflegeberufekammer in Schleswig-Holstein konnte ihre Arbeit noch nicht richtig aufnehmen, da sollten die Mitglieder auf Wunsch der Landesregierung schon über deren Weiterbestehen entscheiden. Die Kammer wurde seit ihrer Gründung im April 2018 scharf kritisiert, die Mitglieder haben bis dato vor allem die verpflichtende Mitgliedschaft und den Mitgliedsbeitrag wahrgenom-

der Gewerkschaft ver.di und unternehmerfreundlichen Parteien wie der FDP. In ihren Stellungnahmen proklamierten sie, sich für die Pflege stark-zumachen. Doch was haben sie erreicht?

Gewiss, mit einer Abschaffung der Kammer sind die Pflegenden den lästigen Mitgliedsbeitrag los und müssen sich nicht mehr registrieren lassen. Aber wer sorgt nun dafür, dass die Pflegequalität für zu pflegende Menschen und deren Angehörige den beruflichen Normen entspricht? Wer vertritt den Pflegeberuf in politischen Prozessen?



Michael Mayer ist Krankenpfleger für Psychiatrie, Pflegewissenschaftler an der Hochschule Kempten und stell. Präsident der Deutschen Fachgesellschaft für Psychiatrische Pflege.



Dorothea Sauter ist Krankenschwester, Gesundheitswissenschaftlerin im Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg und Präsidentin der Deutschen Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege. sauter@dfpp.de

## Pflege bleibt fremdbestimmt

Die Gegner\*innen einer Pflegeberufekammer wollen diese Aufgaben auch weiterhin den Medizinischen Diensten der Krankenkassen, dem höchst unterschiedlichen Qualitätsmanagement ihrer Arbeitgeber\*innen sowie der Politik überlassen. Die Entscheidung gegen die Pflegeberufekammer ist eine Entscheidung gegen die Selbstverwaltung unseres Berufs, eine Entscheidung für ein Fortbestehen der Fremdbestimmung durch Arbeitgeber\*innen, Krankenkassen und politische Kräfte. Viele Gruppierungen, die gegen die Kammer sind, verfügen bereits über die Strukturen, die sie an der Kammerorganisation kritisieren. Sie sind stark und einflussreich, weil sie mandatierte Aufgaben, freigestellte Funktionär\*innen, Ressourcen, funktionierende Öffentlichkeitsarbeit und eine geregelte Einbindung in politische Prozesse haben. Die Pflege soll diese Mittel offenbar nicht bekommen.

Das oberste Ziel einer Pflegeberufekammer ist eine qualitativ hochwertige pflegerische Versorgung im jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Sie übernimmt damit einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag für die höchst vulnerable Gruppe von Pflegebedürftigen und ihre engen Bezugspersonen. Dafür kann sie eine Berufsordnung erlassen, die Fort- und Weiterbildung regeln und den Themen der Pflege eine zuverlässig starke Stimme in politischen Prozessen geben. Natürlich können sich darum auch andere kümmern: Politik, Krankenkassen, Ärzt\*innen oder Lobbyist\*innen.

men. Im März 2021 haben nun 91,77 % der Wählenden gegen den Fortbestand der Kammer gestimmt. Ein desaströses Wahlergebnis für alle, die seit Jahrzehnten unermüdlich für die Selbstverwaltung der beruflichen Pflege kämpfen: nahezu alle Berufsverbände, viele engagierte Pflegefachpersonen und Pflegewissenschaftler\*innen sowie Führungspersonen in der Pflege. Doch in Schleswig-Holstein ging es nicht um die berufliche Selbstbestimmung, sondern ums Geld. Dass es so weit kam, liegt am Unvermögen oder am Kalkül der politisch Verantwortlichen.

## Sieg für Kammergegner\*innen

Die Kammergegner\*innen feiern sich und ihren Sieg gegen die berufliche Selbstverwaltung. In seltener Einigkeit verbündeten sich die kammerkritischen Pflegenden mit Arbeitgeberorganisationen,

## Pflege in Deutschland international abgehängt

Wozu diese Fremdbestimmung führt, zeigt die aktuelle Situation der Pflege. Eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt weist das nahezu schlechteste Verhältnis zwischen Pflegefachper-

sonen und Patient\*innen im Krankenhaus auf (für die Altenhilfe und die ambulante Pflege fehlen Zahlen). Hinsichtlich Bildung, Akademisierung und Forschung wie auch hinsichtlich Aufgabenvielfalt, Kompetenzen und Verantwortungsübernahme im Gesundheitswesen ist die hiesige Pflege international nicht anschlussfähig.

Andere Länder zeigen, dass ein höherer Grad an beruflicher Selbstverwaltung mit höherer Einflussnahme in Politik sowie mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen der Versorgung verknüpft ist. Die Pflegefachpersonen in Funktionärsposten einer Pflegeberufekammer würden sich routiniert in die politische Diskussion einbringen. Es ist leicht einzusehen, dass Arbeitgeberorganisationen und manche Parteien nicht so gerne mit einer starken Stimme der Pflege konfrontiert sind. Uns wundert sehr, dass ver.di (übrigens im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften) gegen die Selbstverwaltung der Pflege polemisiert, obwohl diese andere Aufgaben als die Gewerkschaft hat.

### Viel Engagement und große Frustration

In der Corona-Pandemie trägt die Pflege die Hauptlast, versorgt erkrankte Personen und setzt in allen Settings die Hygieneanforderungen um. Nicht nur in der Altenhilfe, der ambulanten Arbeit und der Psychiatrie sind das hohe Herausforderungen an einen Beziehungs- und Berührungsberuf. Doch Vertreter\*innen der Pflege werden weder in Talkshows noch in die Corona-Politik eingebunden – selbstverständlich nicht.

Die Kammergegner\*innen verkünden, Pflege könne attraktiv sein, auch wenn ihre Standards und Bedingungen Spielball politischer Interessen blieben. Die aktuelle Situation zeigt sehr deutlich, dass dem nicht so ist. Wer hierzulande in der Pflege im Interesse von Pflegebedürftigen handeln will, ist in aller Regel schnell frustriert – das gilt in der direkten Patientenversorgung wie auch bezüglich der Einflussnahme in Organisationen und der Politik. Diese Personen haben entweder den Beruf verlassen oder irgendwo eine noch erträgliche Nische gefunden. (Es gibt ja noch Orte, wo emanzipierte Pflege geschätzt wird, sicher auch Verbände, Organisationen und Führungspersonen, die gute Pflegearbeit fördern.) Wenn die Kammergegner\*innen in Schleswig-Holstein nun feiern wollen, dass Kaputtmachen leichter ist als Aufbauen, dann sollen sie mit allen feiern, die davon profitieren, dass Pflege vor allem billig und abhängig bleibt.

In Schleswig-Holstein wurden viele Fehler gemacht. Die Politik zeigte sich halbherzig in der Umsetzung ihrer eigenen Beschlüsse und ließ die neu gegründete Pflegeberufekammer im Regen stehen. Diese musste zunächst die etwa 25.000 examinierten Pflegefachpersonen im Land registrieren. Das will natürlich finanziert werden. Somit war das Erste, was die Pflegenden von der

neuen Kammer mitbekamen, die Pflichtregistrierung und die Ankündigung von Gebühren. Als der Unmut wuchs, verknüpfte die Landesregierung eine nachträgliche Anschubfinanzierung mit einem Mitgliedervotum über den Fortbestand der Kammer. Unter diesen Bedingungen war die Pflegeberufekammer zum Scheitern verurteilt.

Ob das Abstimmungsergebnis aus Schleswig-Holstein wirklich die Einstellung von Pflegenden zur beruflichen Selbstverwaltung spiegelt, sollte sorgsam geprüft werden. In repräsentativen Vorab-Umfragen sprachen sich in mehreren Bundesländern Mehrheiten für (!) eine Berufekammer aus – in Nordrhein-Westfalen beispielsweise waren dies 79 % der Pflegenden! Zudem sollte analysiert werden, warum die Pflegekammer bundesweit solchen Gegenwind hat. Warum gibt es nicht ähnliche Kriegserklärungen gegen Ärzte- oder die noch recht neuen Psychotherapeutenkammern?

### Umfassende Veränderungen notwendig

Sicher dürfte sein, dass die Probleme der Pflege ohne umfassende Veränderungen in eine Versorgungskatastrophe führen. In den nächsten 10 bis 15 Jahren müssen 500.000 Menschen für den Beruf gewonnen werden (falls es überhaupt gelingen sollte, diejenigen 30 % der Pflegefachpersonen im Beruf zu halten, die derzeit abwandern wollen). Da wird es nicht reichen, Pflegeroboter zu entwickeln oder Fachpersonal aus ärmeren Ländern mit prekärer Gesundheitsversorgung abzuwerben. Will man Menschen für einen Beruf gewinnen, in dem Andere Standards und Befugnisse definieren? Und wird die Bevölkerung mit „warm-satt-sauber“-Angeboten zufrieden sein?

Wenn man der Hilfsbedürftigkeit von Menschen umfänglich gerecht werden will, dann braucht man eine Profession, in der die Akteur\*innen verantwortungsvoll und wissensbasiert entscheiden und gestalten. Dann macht der Pflegeberuf denen wieder Freude, die ein gutes Berufsethos haben und die sich mit ihrem Auftrag identifizieren. Dann ist Berufsstolz möglich.

Im Moment bläst Fürsprecher\*innen beruflicher Selbstverwaltung massiver Gegenwind ins Gesicht. Sie werden noch viel mehr Mut und Entschlossenheit als bislang brauchen, wenn sie die Autonomie und Professionalisierung des Pflegeberufs voranbringen wollen.

Einstweilen ist zu hoffen, dass die Politik in anderen Bundesländern souveräner agiert und aus den Erfahrungen lernt. Und Schleswig-Holstein sind kreative Ideen zu wünschen. Die Unabhängigkeit des Pflegeberufs ist dort erst einmal verloren. Wir werden sehen, wie ver.di, Arbeitgeber\*innen und Kammergegner\*innen eine starke Stimme für eine qualitativ hochwertige Pflege entwickeln. Wird die Landesregierung auch über deren Erfolg abstimmen lassen? ■